

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern u. Umgegend. Amtliches Organ des Amtsgerichts, Magistrats u. der Polizeiverwaltung zu Teuchern.

Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kopfszelle 5 Pfg., im amtlichen Teil 15 Pfg., Reklameszelle 10 Pfg. — Vorstehende Friedenspreise werden multipliziert mit der jeweiligen Buchhändler-Schlüsselzahl erhoben. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeilstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Ergeht nicht wöchentlich dreimal, und zwar Montag, Mittwoch u. Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag. Höhere Gewalt entbindet von Lieferung, Nachlieferung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Verbreitungsbezirk: Teuchern, Gröben, Runtal, Rühndorf, Ober- u. Unterwerschen, Trebnitz, Deuben, Wilbshüt, Ludenau, Schortau, Sellau, Ragwitz, Bonan, Ober-

Montag, den 8. Oktober 1923



Bezugspreis bis 15. Okt.: durch unsere Geschäftsstelle Nr. 14 800 000, von unseren Boten ins Haus gebracht Nr. 15 000 000, bei den Postanstalten Nr. 15 000 000 ohne Zustellung, Einzel-Nummer Nr. 3000 000. Zeitungsbestellungen werden außer in der Geschäftsstelle, Zeilstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen. Fernsprecher Nr. 389. — Postfachkonto Leipzig Nr. 34 618. — Bankkonto: Gewerbebank Teuchern und Stadt-Girokasse Teuchern. —

und Unterlaka, Körsbun, Reußen, Jaschendorf, Krauschwitz, Rosplaz, Ritzsch, Ober- und Unterneffa, Körsbun, Wernsdorf, Dippelsdorf, Zembtschen und Pritzitz.

№ 118

62. Jahrgang

Das Wichtigste.

— Reichstagsler Dr. Stresemann hat dem ungeschickten Antwort dem Reichstag vorgelegt und gleichzeitig die offizielle Regierungserklärung abgegeben.

— Der Notenumlauf der Reichsbank hat sich in der Vorwoche um 5444 Millionen auf 8027,7 Millionen vermehrt.

— Bei der Reichspost und bei der Reichsbahn finden am 10. Oktober erhebliche Tarifierhöhungen statt.

Das neue Kabinett gebildet.

Dr. Luther Finanzminister.

Nachdem auch der ganze Freitag und die Nacht zum Verhandeln mit der Suche nach der Kompromißformel ausgefüllt war, ist es Dr. Stresemann gelungen, eine Einigung zwischen den Parteien zu erzielen und in den Vormittagsstunden des Sonnabends ein neues Kabinett zu bilden, das allerdings bis auf zwei Vorleserstellen dem alten entspricht. Es sieht sich folgendermaßen zusammen:

Dr. Stresemann Reichskanzler und Ministerium des Reiches.

Robert Schmidt Vizekanzler und Wieder-
aufbauministerium.

Dr. Gehler, Wehrministerium.

Dozer, Verkehrsministerium.

Goelle, Postministerium.

Ruch, Ministerium für die besetzten Gebiete.

Radbruch, Justizministerium.

Sollmann, Ministerium für Inneres.

Dr. Luther, Finanzen.

Dr. Koch, Wirtschaftsministerium.

Dr. Brauns, Arbeitsministerium.

Das Ernährungsministerium bleibt unbesetzt.

Die Kompromißformel.

Die Besprechung in der Reichskanzlei, die zur endgültigen Einigung führte, fand erst nach sechs stündiger Beratung um 3 Uhr morgens ihr Ende. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die schwere Not unseres Landes läßt eine Steigerung der Gütererzeugung dringend geboten erscheinen. Das wird nur unter reiflicher Ausnutzung der technischen Errungenschaften bei organisatorischen Verbesserungen unserer Wirtschaft und emigrierender Arbeit jedes einzelnen zu erreichen sein. Neben der Steigerung der Produktion durch diese Mittel wird auch die Neuregelung der Arbeitszeitgesetze unter grundsätzlicher Festhalten am Achtstundentag als Normalarbeitszeit nicht zu umgehen sein. Dabei ist die Möglichkeit der tariflichen und gesetzlichen Ueberschreitungen der jetzigen Arbeitszeit im

Interesse der Volkswirtschaft zur Steigerung und Verbilligung der Produktion zuzugestehen. Für die öffentliche Verwaltung finden ähnliche Grundsätze Anwendung.“

Die Sozialdemokratie stimmte in einer Fraktionsabstimmung am Sonnabend früh dieser Formel mit ungefähr Zweidrittelmehrheit gegen 40 Stimmen zu, die sich vor allem aus den Mitgliedern der alten Unabhängigen-Partei zusammensetzten. Die Demokraten stimmten gleichfalls für dieses Kompromiß, auch das Zentrum sprach sich dafür aus, jedoch mit dem Wunsch, daß auch die Frage der Erwerbslosen in diesem Zusammenhang geregelt wird.

Stresemann vor dem Reichstag.

Nachdem die Verhandlungen um das Kabinett abgeschlossen waren, begab sich Dr. Stresemann sofort in den Reichstag, um dort die erwartete Regierungserklärung abzugeben. Er wird von den Kommunisten mit Lärmenden Hurraen empfangen, die rufen: „Der Vertreter des Stinnes! Die Kulisse für Stinnes!“

Reichskanzler Dr. Stresemann.

erklärt: „Ich kann die Herren Zwischenrufer versichern, daß Herr Stinnes mit dieser Neubildung nichts zu tun hat. Der Vergleich mit der Kulisse ist daher sehr wenig angebracht. Den Herren, die aus der Wirtschaft heraus die Kritik übten, daß unter dem parlamentarischen System die Zustände sich so verwickelt haben, muß ich sagen, daß die Wirtschaft sich nicht dem Staate zur Verfügung gestellt hat. Sie haben sich weder dem Kabinett Cuno zur Verfügung gestellt, noch dem früheren Kabinett Fehrenbach.“

Zur Krise erklärt der Kanzler weiter, er habe im Ermächtigungsgesetz keine Blankovollmacht gewollt, sondern bei der Bedeutung der Frage mußte eine Aussage über die Richtlinien der Ermächtigung stattfinden. Der Kanzler geht dann zu den Ausführungen über den

passiven Widerstand

über. Der Gegner sollte durch den passiven Widerstand gezwungen werden, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen. Die Grundlage für unsere Politik war: freies Rheinland, Wiederverfügung über das Ruhrgebiet. Auch Reichskanzler Dr. Cuno hat nichts anderes erreichen wollen. Glauben denn die Herren von der Rechten, daß die größte Militärmacht der Welt sich ohne weiteres zurückziehen würde, wenn man erklärt, daß man nur dann verhandelt, wenn die größte Militärmacht ihre Truppen zurückgezogen haben wird? Die Zeiten führten dazu, daß die Wirkung der Waffe des passiven Widerstandes sich abzuwärtete. Aber wehe dem, der der Bevölkerung daraus einen Vorwurf machen wollte! So war die Situation, als mein Kabinett die Regierung übernahm: ein nicht mehr auf der Höhe stehender moralischer Widerstand. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer mußte es sein, auf diplomatischem Wege etwas herauszuholen.

Aus den besetzten Gebieten wurden immer mehr Wünsche laut, den passiven Widerstand abzubrechen. Heute kann ich mitteilen, daß zwei Tage nach meinem Amtsantritt mir von Vertretern des besetzten Gebietes die Frage vorgelegt wurde, wie lange wir noch den Widerstand fortzusetzen gedenken. Wir haben den Widerstand über den Termin hinaus fortgeführt, der uns gegenüber als der äußerste Termin bedeutete wurde.

In der gegenwärtigen Situation ist die einzige Möglichkeit die Lösung der Reparationen durch beiderseitige Vereinbarung herbeizuführen. (Zuruf: Da Wagt Ihr lange warten!) Es ist wahr, wir haben keine außenpolitischen Erfolge mit der Aufgabe des passiven Widerstandes erreicht. Wir wissen, was wir dem eigenen Volke zugunsten haben mit der Aufgabe des passiven Widerstandes; wir haben aufgeben müssen, weil wir sonst sehenden Auges in einen Abgrund gegangen wären.

Der Kanzler geht dann weiter darauf ein, daß der Widerstand nicht Polnens zuliebe, sondern dem deutschen Volke zuliebe aufgegeben worden sei, weil die finanziellen Mittel fehlten, und daß er gern bereit sei, sich jedem Staatsgerichtshof deswegen zur Verfügung zu stellen. Er übernehme gern die Verantwortung dafür, denn bisher habe es in Deutschland an dem Mut zur Verantwortung gefehlt. Nachdem der Kanzler der Rhein- und Ruhrbevölkerung seinen heißen Dank erstattet hat für das treue Aushalten im Kampfe, fährt er fort:

Wir haben noch keine Antwort erhalten auf das deutsche Memorandum, auch nicht von England. Die schimpfliche Behandlung, die Deutschland erfahren hat, dauert fort. Unsere Angebote sind so weitgehend, wie sie niemals von einem Volke angeboten worden sind. Sie gehen weit hinaus über die Bindungen des Versailleser Vertrages. Wir haben den ganz großen Gedanken aufgegriffen, selbst das private Vermögen in Deutschland mobil zu machen, um aus der Armut herauszukommen. Es gibt keine traurigere Erinnerung als die Angebote der deutschen Reichsregierung!

Wir haben aber nicht aufgegeben die Forderung der Wiederverfügung über das Ruhrgebiet; wir werden niemals aufgeben den Kampf um die Menschenrechte der Bevölkerung. (Lebhafte Beifall.) Der passive Widerstand war eine innerdeutsche Angelegenheit. Wenn es sich um die Entscheidung handelt, dann mögen Sie (nach rechts) sehen, ob wir dann hier etwas aufgeben werden. Denn eins wollen wir betonen, gleichgültig, ob wir jetzt in der Lage sind, denen zu helfen, die bis in die letzten Tage hinein weiter unter Bedrückung und Ausbeutungen zu leiden hatten:

Unser ist der Boden! Unser ist das Land!
Unser ist die Hoheit in diesem Lande!

(Stürmischer Beifall.) Das bleibt bestehen, und das soll bis in alle Zukunft so bleiben.
Der Kanzler fährt dann fort: „Ich möchte wünschen, daß wir alle die Reichswehr herauslassen aus den politischen Kämpfen. Wir brauchen ein Vertrauensverhältnis der Reichswehr zu allen Parteien. (Gelächter bei den Meinen Herren! (nach links gewandt) Sie haben doch kein Recht, mitzureden über Institutionen des Staates, Sie, die Sie gar nicht auf dem Boden des Staates stehen, Sie hätten nur ein Recht mitzureden, wenn Sie sich auf den Boden des Staates stellen. Die Vorgänge in Kärnten, die Niederwerfung des Aufstandes zeigt, daß die Regierung gewillt ist, die Ordnung mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. (Stürmische Zwischenrufe der Komm.) — Ich brauche Ihnen keine Darstellung unserer

finanziellen Verhältnisse

zu geben. Es wird sich zeigen, ob wir dem Währungsverfall werden entgegenzutreten können durch währungsbeständiges Geld. Wir müssen zu einer völligen Aenderung des Steuer-Verhältnisses kommen. Den Ländern müssen wieder eigene Steuerquellen erschlossen werden. Bis zur Durchführung dieser grundlegenden Reform wird eine Kontingentierung der Ausgaben nötig sein. Es dürfen keine neuen Behörden und Beamten eingesetzt werden.

Wir müssen neues Geld schaffen. Das Wichtigste aber ist der Versuch der

Gesundung der Wirtschaft

selber. Wenn es sich darum handelt, die Wehrpflicht des Besitzes durchzuführen, so werden Sie (zu den Kommunisten) keine Veranlassung haben, mich als einen Deserteur von dieser Idee hinzustellen. Wir brauchen dazu einen Eingriff in die Preisbildung, die bei uns Formen angenommen hat, die wir nicht mehr ertragen können (allgemeine stürmische Zustimmung). Wir brauchen Mittel gegen eine Monopolpreisbildung über den Weltmarktpreis hinaus; es geht nicht an, durch Konventionen und Syndikate den Wettbewerb aus dem Wirtschaftsleben so auszuschalten, wie er jetzt ausgeschaltet ist (erneute allseitige Zustimmung).

Das Ermächtigungsgesetz

müssen Sie uns geben (Zuruf h. d. Kommunisten: Unter dem Belagerungszustand!)

Daß der Belagerungszustand da ist, liegt an Ihnen. (Stürmische andauernde Unterbrechung und Lärm bei den Kommunisten, der die nächsten Sätze der Reichstanzlerrede überhört. Präsident Lohé erlucht, den Reichstanzler weiterreden zu lassen.)

Weshalb ist der Belagerungszustand verhängt? Er ist verhängt gegen die subversiven Tendenzen... (Erneuter tosender Lärm h. d. Kommunisten; der kommunistische Abg. Kemmele wird wegen Störung der Verhandlungen zum zweitenmal zur Ordnung gerufen.)

Es ist ganz klar, daß der Belagerungszustand sich gegen diejenigen richtet, die für den Bestand des Staates eine Gefahr sind (abermahlige stürmische Erregung auf der äußersten Linken; fortwährende Rufe: Lüge! Lüge!).

Unter dem fortdauernden Lärm der Kommunisten schließt der Reichstanzler seine Rede mit dem Satz: Wir haben Pflichten zu erfüllen, nicht nur in der Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach uns kommt. (Stürmischer Beifall h. d. Mehrheitspartei, andauerndes Zischen und Pfuirufe h. d. Kommunisten.)

Hierauf vertagte sich das Haus auf Montag.

Stinnes bei Krupp.

Der Düsseldorfer Berichterstatter der „Chicago Tribune“ versichert, daß Hugo Stinnes, der am Freitag in Düsseldorf eintraf, sich in Begleitung eines französischen Offiziers zu Krupp von Dahlen ins Gefängnis begab. Die beiden Ruhmagnaten plauderten eine Stunde. Nach der Unterredung begab sich Stinnes in das französische Quartier zu General Degoutte, dem er ein Pro-

gramm unterbreitete, das er mit Krupp im Gefängnis ausgearbeitet hatte. Der Korrespondent fügt hinzu, daß Stinnes von verschiedenen anderen Industriellen begleitet war und jedes Interview ablehnte.

Wie die Telegraphen-Agentur in Berlin von gut unterrichteter Stelle erfährt, heißt es zu, daß Hugo Stinnes sich ins Ruhrgebiet begeben hat, um dort Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit und die In-gangsetzung der Betriebe zu führen.

Ein Generalkommissar für Sachsen.

Aufnahme der Kommunisten in die Regierung.
Die sächsische sozialdemokratische Landtagsfraktion hat unter dem Eindruck der Mitteilung Geßlers und unter dem Einfluß verschiedener Parteiversammlungen im Lande, die engste Zusammengehörigkeit mit den Kommunisten verlangten, beschlossen, den Kommunisten weitestgehendes Entgegenkommen bei der Regierungsbildung zu beweisen. Man hat sich bereits über zahlreiche Programmpunkte geeinigt, so u. a. über eine planmäßige Besetzung aller Ämter mit zuverlässigen Republikanern, über die Bewaffnung der proletarischen Hundertschaften für den Fall einer Gefahr für die Republik usw. Ferner wird eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Parteien gebildet werden, auch sollen Verhandlungen mit anderen sozialistischen Regierungen wegen eines Zusammenschlusses aufgenommen werden. Man zweifelt in sozialistischen Kreisen nicht am Zustandekommen der neuen Regierung, in der die Kommunisten zwei Ministerposten belegen werden. Das neue Kabinett wird sich Dienstag dem Landtag vorstellen. Im übrigen planen die beiden Parteiparteien die Ernennung eines Generalkommissars für

Inland und Ausland.

Der Regie-Dienst. Den Erklärungen der Agentin Havas, daß von den im besetzten Gebiet wieder einzuleitenden deutschen Eisenbahnen die Ablegung eines Treueides nicht verlangt werde, stehen die Bekanntmachungen der französischen Eisenbahnregie selbst gegenüber, die von dem deutschen Eisenbahner vor seiner Dienstaufnahme wörtlich verlangen, daß „er sich verpflichtet und durch den Dienst beschwört, den alliierten Zivil- und Militärbehörden, insbesondere der Regie, in jeder Weise mit Eifer und Ergebenheit zu dienen“. Welche der beiden Besarten richtig ist, wird festzustellen sein.

Die Verhandlungen mit den Beamten wurden am Freitag nachmittag im Reichsfinanzministerium wieder aufgenommen. Da die Auffassungen beider Parteien auseinandergingen, wurde beschlossen, dem neuen Reichskabinett die Entscheidung zu überlassen.

Buchhändlerschlüsselzahl 100 Millionen. Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt ab Montag, dem 8. d. M., 100 Millionen.

Die neuen Bergarbeiterlöhne. Die Löhne im Kohlenbergbau für die Lohnwoche vom 1. bis 8. Oktober wurden durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schlichtungsausschuß festgesetzt. Nach dem Schiedspruch beträgt der Durchschnittstariflohn einschließlich des Hausstands- und Kindergebeldes für die vorerwähnte Lohnwoche im Oberschlesischen Steinkohlenbergbau 291 600 000 M. und in den Rheinrevieren des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues 255 150 000 M. je Schicht.

Eisenbahnfahrserhöhung am 10. Oktober.

Vom Mittwoch, dem 10. Oktober, ab werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahnfahrpreise im Personenverkehr 60, im Güterverkehr 72 Millionen betragen. Bei dieser Erhöhung ist die außerordentliche Geldentwertung der letzten Tage noch nicht berücksichtigt.

Der Fahrpreis für den einzelnen Kilometer ist von diesem Zeitpunkt in vierter Klasse 1 320 000, in dritter Klasse 1 980 000, in zweiter Klasse 5 940 000 und in erster 11 880 000 M. Für den Schnellzugskilometer hat man

in den Zonen (1-75, 76-150, über 150 Kilometer) in dritter Klasse 30, 60, 90 Millionen, in zweiter Klasse das Dreifache und in erster Klasse das Fache der Zone für die dritte Klasse zu entrichten. Es ist zu erwarten, daß in zweiter Klasse 480 Millionen, in erster Klasse 600 Millionen, für den Diegelplatz dritter Klasse wird man 240 Millionen zu zahlen haben. Die Bahnfahrpreise werden mit 12 Millionen berechnet, und für die Beförderung von Reisegepäck hat man für je 10 Kilogramm auf 1 Kilometer 51 Millionen auszugeben.

Die Sicherung der Brotversorgung.

Teilweises Weiterbestehen der Markenversorgung. — Mit Getreide gefüttertes Vieh wird eingezogen.

Der Reichsrat hat am Freitag den von der Reichsregierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923-24 mit einigen wesentlichen Änderungen angenommen. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, eine Getreidereserve von 3½ Millionen Tonnen zu erwerben gegen 2½ der Vorlage.

Um die Aufbringung der Reserve zu ermöglichen, kann den Ueberreichtkommunalverbänden die Verpflichtung auferlegt werden, bestimmte Mengen bis zu einem von der Reichsregierung festzulegenden Prozentsatz abzuliefern, und zur Durchführung dieser Verpflichtung

pflicht soll die Reichsregierung ermächtigt sein, in den betreffenden Kommunalverbänden das Umlagerverfahren wieder einzuführen.

Eingezugelt wurde eine Bestimmung, daß die Kommunalverbände ermächtigt sind, den Verbrauch und die Verteilung des Getreides aus den Mühlen an die Bäcker und die Verbraucher zu regeln und zu überwachen. Die Kammervorschrift, daß für einzelne Gebiete mit besonderen Verhältnissen die Markenversorgung fortzusetzen ist, wurde in eine Maßvorschrift umgewandelt. Im Fall einer Bestrafung wegen Verfüllung von Getreide muß das nachweislich mit Brotgetreide gefütterte Vieh eingezogen werden. Der Erlös des eingezogenen Viehs ist zur Brotverbilligung zu verwenden.

Die Postgebühren ab 10. Oktober.

Die wesentlichen Gebühren, die vom 10. Oktober an im Post- und Postfachverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende (alle angegebenen Preise verstehen sich in tausend Mark):

Postkarten

im Ortsverkehr 1000, im Fernverkehr 2000.

Briefe

im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2000, über 20 bis 100 Gramm 3000, über 100 bis 250 Gramm 5000, über 250 bis 500 Gramm 6000.

Briefe

im Fernverkehr bis 20 Gramm 5000, über 20 bis 100 Gramm 7000, über 100 bis 250 Gramm 8000, über 250 bis 500 Gramm 9000.

Drucksachen

bis 25 Gramm 1000, über 25 bis 50 Gramm 2000, über 50 bis 100 Gramm 3000, über 100 bis 250 Gramm 5000, über 250 bis 500 Gramm 6000, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 7000.

Geschäftspapiere und Mitsendungen

bis 250 Gramm 5000, über 250 bis 500 Gramm 6000, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 7000.

Warenproben

bis 100 Gramm 3000, über 100 bis 250 Gramm 5000, über 250 bis 500 Gramm 6000.

Päckchen

bis 1 Kilogramm 10 000.

Pakete

1. Zone bis 75 Kilogramm, 2. Zone über 75 bis 375 Kilogramm, 3. Zone über 375 Kilogramm; bis 3 Kilogramm 12 000, 24 000, 24 000; über 3 bis 5 Kilogramm 18 000, 36 000, 36 000; über 5 bis 6 Kilogramm 21 000, 42 000, 63 000; über 6 bis 7 Kilogramm 24 000, 48 000, 72 000; über 7 bis 8 Kilogramm 27 000, 54 000, 81 000; über 8 bis 9 Kilogramm 30 000, 60 000, 90 000; über 9 bis 10 Kilogramm 34 000, 68 000, 102 000 und so fort bis über 19 bis 20 Kilogramm 80 000, 160 000, 240 000.

Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete)

die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung (bei unversiegelten Wertpaketen wird die Einschreibgebühr aber nicht erhoben) und die Versicherungssgebühr, bis beträgt bei



Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen: für je 1 Million Mark der Wertangabe oder einen Teil von 1 Million 20 000 M., bei unversiegelten Wertpaketen (zugelassen bis 500 Millionen Mark): 10 000 M.

Postanweisungen

bis 50 Millionen Mark 1000, über 50 bis 100 Millionen Mark 2000, über 100 bis 500 Millionen Mark 5000, über 500 bis 1000 Millionen Mark 7000, über 1000 bis 2000 Millionen Mark 10 000, über 2000 bis 3000 Millionen Mark 12 000, über 3000 bis 5000 Millionen Mark 15 000, über 5000 bis 7500 Millionen Mark 18 000, über 7500 bis 10 000 Millionen Mark 20 000.

Die Einschreibgebühr

für auf 5 Millionen Mark, die Vorgelegengebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 2½ Millionen Mark festgesetzt; die Einziehungengebühr für Nachnahmen und Postaufträge von 1, von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge bleibt unverändert, Mindestbetrag 1000 M.

Für die Geldbestellung

sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung: nach dem Ortszustellbezirk 10 Millionen Mark, nach dem Landzustellbezirk 30 Millionen Mark, für ein Paket: Ort 15 Millionen Mark, Land 40 Millionen Mark.

Die Zuschlaggebühren für jede postlagernde Sendung beträgt 250 Tausend Mark.

Zahlkarten

bis 50 Millionen Mark einchl. 250, über 50 bis 100 Millionen Mark einchl. 500, über 100 bis 500 Millionen Mark einchl. 1000, über 500 bis 1000 Millionen Mark einchl. 1500, über 1000 bis 2000 Millionen Mark einchl. 2000, über 2000 bis 3000 Millionen Mark einchl. 2500, über 3000 bis 5000 Millionen Mark einchl. 3000, über 5000 bis 7500 Millionen Mark einchl. 3500, über 7500 bis 10 000 Millionen Mark einchl. 4000, über 10 000 Millionen Mark bis unbeschränkt 6000 Tausend Mark.

Für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 2 Millionen Mark für eine Zahlkarte.

Auslandsgebühren.

Postkarten

10 Millionen, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 7 Millionen.

Briefe

bis 20 Gramm 15 Millionen, jede weiteren 20 Gramm Meistgewicht 2 Kilogramm 7,5 Millionen, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 12 Millionen, jede weiteren 20 Gramm 7,5 Millionen.

Drucksachen

für je 50 Gramm 3 Millionen.

Geschäftsbüchere

für je 50 Gramm 3 Millionen, mindestens 15 Millionen.

Warenproben

für je 50 Gramm 3 Millionen, mindestens 6 Millionen, Einzuggebühr für Briefsendungen 30 Millionen, Einzuggebühr 5 Millionen, Rücksendgebühr 5 Millionen.

Versicherungsgeld

Wertbriefe und Wertpapiere für je 9000 Millionen Mark 10 Millionen.

Postanweisungen

bis 1500 Millionen Mark 15 Millionen, über 1500 Millionen Mark bis 3000 Millionen Mark 30 Millionen, jede weiteren 3000 Millionen Mark 15 Millionen, jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Besitzungen im Ausland, jede weiteren 3000 Millionen 30 Millionen.

Provinz und Danzwarthaaten.

Leuchern, den 8. Oktober 1923.

— **Inhaltsversicherung.** Die deutschen Arbeitgeberverbände haben gegen den formellen Wortlaut der Verordnung, wonach der zehnfache Betrag auch für Vertragszeiten vor dem 1. Oktober zu bezahlen sei, Einspruch erhoben. Das Reichsarbeitsministerium hat darauf die Reichsversicherungsanstalt angewiesen, in Fällen, in denen die Septemberabrechnung der Gehaltszahlung erst im Oktober stattfinden kann, auf Antrag der Arbeitgeber nicht mehr als den vom 1. Oktober gültigen Sätzen herauszugeben, wenn der Arbeitgeber ohne sein Verschulden nicht rechtzeitig Marken für September vor dem 1. Oktober erwerben konnte. Die Arbeitgeberverbände empfehlen allen Arbeitgebern, sofort solche Anträge an die Reichsversicherungsanstalt zu richten, da von einem Verschulden des Arbeitgebers keine Rede sein kann.

— Am Mittwoch den 10. Oktober 1923 fand 8 Uhr findet auf hiesiger Schützenplage eine Anbahnung von Ziegenfall.

— **Warnung vor Unvorsichtigkeit auf der Eisenbahn.** Es sind in letzter Zeit mehrere zum Teil schwere Unfälle infolge Aufspringens auf fahrende Züge vorgekommen. Das reisende Publikum kann nicht einmündlich genug vor dem Auf- und Abpringen während der Fahrt gewarnt werden. Auch auf die Gefahren des unbegleiteten Aufenthaltes auf ungesicherter Plattform weist die Reichsbahndirektion Dresden im Hinblick auf einen neuerlichen Unfall wiederholt hin. Aus diesem Anlaß wird erneut aufmerksam gemacht, daß die Reichsbahndirektion keinerlei Haftpflicht trifft, wenn der Verletzte den Unfall selbst verschuldet hat.

— **Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum** beging am 1. Oktober bei der Firma F. Mehmel, Mühlhausen i. Thür., Dampf- sägwerke, Holzhandlung, Baugeschäft pp., der Kaufmann und Holzverkäufer Ernst Geßler. Der Jubilar wurde von seinem Chef und seinen Kollegen und Arbeitern beglückwünscht und beehrt und um weite treue Mitarbeit gebeten und erhielt die Ehrenurkunde der Mühlhäuser Handelskammer überreicht.

Zeit. Der Kreislandbund Zeit schreibt: In der Nacht vom 25. zum 26. Sept. wurde in Sprossen ein Haberdiemen und in Socksdorf ein Weizendiemen durch Brandstiftung niedergelegt. An zwei anderen Diemen wurde der Brand noch im letzten Augenblicke gelöscht. Durch solche Diemenbrände wird den Landwirten meist kein Schaden zugefügt, da sie gegen derartige Feuerschäden hoch versichert sind. Schwere Schäden erleidet durch solche Brandstiftungen nur die Volksernährung, und alle deutschen Volksgenossen, wie sie auch immer politisch eingestellt sein mögen, müssen mit aller Kraft dahin streben, daß derartige Taten, die unser wertiges deutsches Brot verbrennen, der wohlverdienten Strafe nicht entgehen.

Altenburg. Als dringend verdächtig, den Mord an der Ehefrau Hellmann in Zwickau begangen zu haben, ist ein Grubenarbeiter aus Gorma in Haft genommen worden. Er hatte am Nachmittag in Zwickau mit anderen Statgepöckelt und kann sich über den Aufenthalt zur Zeit der Mordtat nicht aussprechen. Er schlägt große Reue vor.

Börsen. Eine verlockende Belohnung hat Ritterguts- pächter Hübner in Birlitz bei Radeb. ausgesetzt. Ihm wurde in der Zeit vom 29. September bis 2. Oktober aus einem Motorampfplage der Magnet nebst Anlasser entwendet. Für Wiederbeschaffung des Gestohlenen, bzw. für Hinweise, durch die Täter ermittelt und der Bestrafung zugeführt werden können, hat Hübner ein zwei Zentner schweres Schlachtschwein oder eine diesem Werte entsprechende Menge Weizen als Belohnung ausgesetzt.

Blaustenberg. Gelegentlich der Umlegung einer elektrischen Leitung in einem hiesigen Geschäftshaus wurde ein raffinierter angelegter Verzug aufgedeckt. Ein dort wohnhafter Techniker W. hatte diese Anlage unter Umgehung des Z. Hlers gelegt, die bestimmt schon monatelang besteht. Die Stadt ist durch diesen Diebstahl erheblich geschädigt.

Aus aller Welt.

Goldmarkrechnung in den Berliner Theatern. Kürzlich fand eine Sitzung der Berliner Theaterdirektoren statt, in welcher die Umstellung der Eintrittspreise und Gagen auf die Goldmarkrechnung zur Diskussion stand. Die Preistafel an den Theaterkästen soll von nun ab nur Frankzahlen enthalten, und der Eintrittspreis wird durch einen von Tag zu Tag wechselnden Multiplikator errechnet werden. In gleicher Weise wird dann die Festsetzung der Gagen erfolgen, wodurch sich die allwöchentlichen Tarifverhandlungen erübrigen werden.

Schwerer Anfall beim Uebungschießen. Bei einem Uebungschießen in Rillau wurden Teile eines Geschloßverschlusses abgeplättet. Von den umherstehenden Eisenstücken wurden der Artillerieoffizier Oberst Borghert und ein Mann getötet, zwei Mann schwer und mehrere leicht verletzt.

Fräulein Hansen in Deutschland bestohlen. Fräulein Hansen ist auf seiner Autoreise durch Deutschland am 3. Oktober abends bei Birkfeld bestohlen worden. Während einer Reparatur am Auto wurde ein arauer Koffer mit Klei-

vern, Wäsche, Schuhe usw. entwendet. Im Gepäck befand sich auch eine stache goldene Taschenuhr Nr. 61249 (Fabrikat J. C. Widerey, London) mit zwei Gläsern (Zuweisen mit Perlen und ein Würfel in Gold gefaßt mit kleinen Insekten, Kleeblatt usw.) und ein Streichholzbehälter. Die Uhr mit Kette und Anhänger sind Andenken. Für die Wiederbeschaffung wird von „Hansens Hilfsaktion für Rußland“, Berlin W 10, Tiergartenstraße 4, eine hohe Belohnung gewährt. Vor Anlauf wird gewarnt.

Mord im Dämmerzustand? Der 21jährige Student Anton Bartussek aus Breslau in der Tschechoslowakei lernte am 25. Mai d. J. in einem Breslauer Kaffeehaus den Kaufmann Samuel Bloch kennen. Die beiden wurden miteinander sehr vertraut. Eines Abends, als sie sich in Blochs Hotelzimmer unterhielten, legte Bartussek seinem Freunde plötzlich einen Zettel vor mit den Worten: „Gehter Herr! Geben Sie sofort die Geldtasche und Wertpapiere heraus, sonst schieße ich Sie nieder!“ Gleichzeitig hielt er ihm einen Revolver vor die Stirn. Bloch handigte daraufhin dem Studenten seine Brieftasche mit 25 000 M. aus. Der Räuber forderte mehr. Der Kaufmann erklärte, er habe bei einem Hotelwirt eine größere Summe deponiert. Der Student nahm ihn daraufhin unter den linken Arm, steckte die Hand mit dem Revolver in die rechte Tasche und ging so mit ihm in das bezeichnete Hotel, wo der Wirt jedoch nicht anzutreffen war. Bartussek ließ den Beraubten nun laufen, verlangte aber, daß er am nächsten Morgen am Kaiser-Wilhelm- Denkmal sei und Geld mitbringe. In dem vereinbarten Platz wurde der Student am nächsten Tage verhaftet. Vor dem Schwurgericht in Breslau behauptete Bartussek jetzt, er habe im sonnendämmernden Zustand gehandelt. Das Geständnis, das er während der Untersuchungshaft abgelegt habe, hätte man ihm abgepreßt. Die Geschworenen verneinten sämtliche Schuldfragen, und Bartussek wurde freigesprochen. Dieser Freispruch erregt in Breslau großes Aufsehen.

Der sechste Sinn der Frau. Ein Arzt, der in Frankreich ob seiner Arbeiten auf spiritistischen Gebiet einen hohen Ruf genießt, hat eine eigenartige, nur Frauen anhaftende Eigenschaft festgestellt, die er den „sechsten Sinn“ nennt. Es handelt sich da um einen Sinn, der, wenn er tatsächlich bestände, den Männern schöne Geschichten einbroden würde. Dieser „sechste Sinn“ begünstigt die fünf anderen, die die Frauen bereits besitzen oder mindestens besitzen sollen. Dieser Sinn ist gar gefährlich, denn dem Professor Mayer zufolge können die Frauen vermittels dieses sechsten Sinnes ahnen oder besser die Dinge sehen, im Augenblick, in dem man sie ihnen gegenüber ausspricht. Der „sechste Sinn“ sagt also die Frauen insofern, als sie „Phezeu“ sagen. Man sieht gleich, wobei das sich von selbst, wenn alle Frauen ihn hätten. Aber was für ein „sechster“ noch weiter, die Frauen ahnen nicht nur die Dinge, sondern sie können sogar im Geiste die im nächsten Leben in allen ihren Einzelheiten. Ein Beispiel — oder ein Satz — wenn die Frau den „sechsten Sinn“ allen ihren nahen Verwandten gegenüber — behauptet, er müsse sich zu diesem oder jenem offiziellen Bankett begeben, obwohl er doch vorhat, den Abend in lustiger Gesellschaft zu verbringen. Die Frau ahnt dann nicht nur, daß er liegt, sondern, wenn die Zeit gekommen ist, sieht sie ihren Mann manchmal tatsächlich in der lustigen Gesellschaft, zu der er sich begab. Das ist also die neueste Entdeckung dieses wunderbaren Arztes. Man muß zugeben, daß sie das Leben schrecklich komplizieren würde. Nur ein Trost existiert; nicht alle Frauen haben diesen „sechsten Sinn“, aber es scheint, daß man ihn mit etwas Geduld und Energie entwickeln kann, und zwar könnten das alle Frauen.

Die Regierungsumbildung in Sachsen.

In den Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Sachsen zwischen den Kommunisten und den Sozialisten ist am Sonntag Uebereinstimmung dahin erzielt worden, daß die Kommunisten das Arbeits- und Kultusministerium besetzen. Die Personenfrage soll in den Besprechungen, die am Montag fortgesetzt werden, geregelt werden.

Die Hallischen Metallarbeiter fordern den politischen Massenstreik.

Halle, 7. Oktober. Eine Versammlung der Halleischen Metallarbeiter forderte von den Spitzenorganisationen sofortige Maßnahmen zur Beseitigung der Militärdiktatur. Gemeinsam mit der W. S. P. D. und R. P. D. ist der politische Massenstreik auszurufen, um den Kampf gegen die Koalition aufzunehmen für eine Regierung der werktätigen Bevölkerung. Vorstehender Beschluß wurde dem A. D. G. B. sofort telegraphisch übermittelt.



Entwirrung?

Der Bogen war nahe am Zerburchen, als Entspannung eintrat. Aber man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß dieser Ausgang eigentlich niemand befriedigt und die Enttäuschung allgemein ist, und man fragt sich, ob der Rücktritt der beiden Minister v. Raumer und Hilferding einen Kraftaufwand erforderte, der das Reich in seinen Grundfesten erschütterte, und warum man nicht versucht hat, ein der Wirtschaftslage angepaßtes Arbeitszeitgesetz auf dem üblichen Wege zu gelegener Stunde durchzubringen. Im Rahmen eines Ermächtigungsgesetzes nahm es sich wie ein Ausnahmegesetz, was es nicht sein soll, aus. In diesem Hauptpunkt haben die bürgerlichen Parteien nachgegeben und damit einen gefährlichen Grundstoff beseitigt, ohne am Prinzip zu rühren. Das Hervorholen der prinzipiellen Befugnisse bleibt der Taktik überlassen, und als die Sozialdemokratie ihre Hand von Hilferding, dem Manne der blaffen Theorie, abzog, tauchte sie mit diesem Opfer die gesellschaftliche Regelung der Arbeitszeit ein.

Nunmehr hat ein führerloses Volk vier regierungslose Tage hinter sich, ohne daß die Regierungslosigkeit im Schatten des Ausnahmezustandes sonderlich geschmerzt hätte. Die schnelle Unterdrückung des Rüstlerputsches hat Wunder gewirkt und schreckt von Wiederholungen ab. Das Vorhandensein einer parteilos auf Ordnung haltenden Militärmacht genügt nach dieser Probe ihrer Tätigkeit, um die innerpolitische Bahn friedlicher Entwicklung freizumachen. Nur ist damit die Gärung nicht zu beseitigen, und die Störenfriede

betreiben mit geistlicher Aufregung von Gegenseiten innerhalb der Parteien einen Sport. Außerlich am geschlossensten stehen die Deutschnationale Volkspartei und die Demokraten da. Den Volksparteilern wird die Neigung zur Spaltung nachgefragt von der sozialdemokratischen Presse und sie soll die Krisis auf dem Gewissen haben. Aber die Sozialdemokratie hat genug vor der eigenen Tür zu kehren und erfreut sich selber eines rechten und eines linken Flügels. Das Zentrum hat seine Bayern nicht bedingungslos in der Hand, und die Kommunisten, von denen während der Parteiverhandlungen wenig die Rede war, sind alles andere als einig. Das fessende Band für alle Parteien scheint in der Tat zurzeit der Ausnahmezustand zu sein, und es wirkt verblüffend, wenn der Republikanische Reichsbund Berlin verkündet: Ruhe und Ordnung sind in unmittelbarer Gefahr und „Alarmbereitschaft“ fordert. Dadurch könnte sich der Reichsbund selber in Gefahr bringen, wenn er seine Mannen „alarmieren“ wollte. Er hinkt mit seinem Appell beträchtlich nach, und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist, wie schon gesagt, mit vollem Erfolg eine andere Instanz berufen. Diese wird sich die Unterstützung durch jede Partei, abgesehen von der moralischen, verbitten, weil sie auch den geringsten Schein von Parteimahne vermeiden muß. Aus diesem Grunde ist auch die Ablehnung eines Zivilkommissars für Sachsen zu verstehen. Der Reichswehrminister Dr. Gessler, der bekümmert von den Sozialdemokraten der Parteilichkeit bezichtigt wird, muß alle Augenblicke mit Demenken über seine Haltung verbreitete Nachrichten richtigstellen. Die Einsetzung eines

nächsten Zivilkommissars in diesem Zeitpunkt hieße den Volk zum Gärtner machen, denn in Sachsen und Thüringen haben sich Sozialdemokraten und Kommunisten zur Verbreiterung ihrer Parteis, zusammengefunden und wollen den Besitz aufs schärfste besteuern.

Nach einer Entwirrung heißt das alles nicht sein, wenn es sich gelingen, wenn die Regierung, sogar wenn sie sich wie ein Provisorium betrachten sollte, die ganze Macht. Sie besitzt gegenwärtig die Macht eines auf dem Reichstag kommandierenden Generals; kein Verfassungswort kann sie, unanständig eingreifen, und sie könnte dem Vorschlag der verschiedenen Parteien gemütsruhig entgegengehen, die die Auflösung des Reichstages oder Neuwahlen die im Laufe der Jahre ziemlich durcheinandergeratene Verfassung nicht. Wie sich der Parlamentarismus heute darstellt, hat er selber viel von seinem Ansehen verloren, sonst würde der Ruf nach einem Diktator nicht so oft gehört worden sein. Jetzt verfügt die auf eine mühsam reparierte Große Koalition gestützte Regierung über eine Mehrzahl von Diktatoren in abwartender Stellung. Sie ist einmal noch dem Chaos entgangen; auf wie lange, hängt davon ab, ob die Reparatur sich haltbar erweist, oder ob die Entwirrung der inneren politischen Lage sich zu völliger Verwirrung steigert.

Nächste Nummer morgen Dienstag
nachm. 5 Uhr

Betr. Gebühren für das Reinigen der Schornsteine.

Für die Zeit vom 1. bis 7. Oktober 1923 betragen die Gebühren für das Reinigen der Schornsteine das 78 624 fache der mit der Gebührenordnung vom 19. September d. J. bekanntgegebenen Sätze.

Weißenfels, den 5. Oktober 1923.

S. W. 159.

Der Landrat.

Ankündige Bekanntmachung.

Der Goldumrechnungssatz für die Landabgabe beträgt vom 6. bis 9. Oktober einschl. 66 900 000.

Die Verhält. Zahl für die beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu berücksichtigenden Ermäßigungen ist für die Zeit vom 7. bis 13. Oktober 1923 einschl. auf 8 festgesetzt.

Finanzamt.

Der wahre Wert

eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.

Dirin

Denker's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und

billiges Waschen

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung.

Kur 2 Tage.

Dienstag, den 9. und
Mittwoch, den 10. 10.

Marco der Mann der Kraft.

Marcco kennt keine Furcht.

Ferner

Mysterium

Drama in 5 Akten.

Herrliche Bilder aus dem Thüringer Land geben einen wunderschönen Rahmen um diese Handlung. Die Naturschönheiten dieses Stückchen Erde mit seinen Flüssen, Bälbern, Bergen und Tälern geben diesen Filmband einen wertvollen Hintergrund, vor dem sich das Schicksal einiger Landbewohner abspielt.

— Vorführung 6 und 8,30 Uhr. —

Darum verkümmern Sie dieses herrliche Doppelprogramm nicht denn Sie kommen reichlich auf Ihre Kosten.

Jede Reklame bringt Erfolg!

Eine große Sendung
Mustöpfe, Milchtöpfe,
Schüsseln, Aschluchsenformen
und Einmachegläser

sind eingetroffen

Franz Billhardt,
Zuh. W. Hof

Tel. 41.

Gasthof z. grünen Baum Leuchern.

Freitag, den 14. Oktober 1923.

Mandolinen-Konzert

veranstaltet vom Mandolinen-Klub-Leuchern
unter Mitwirkung der Stadtlapelle.

Nachdem Ball.

Es ladet freundlichst ein
der Mandolinen-Klub, der Wirt.

Suche eine

Wirtschafterin

im Alter von 25—35 Jahren.
Spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Zu erst. i. d. G. schrift.

Kochherd

(fast neu) verkauft billigst
Rob. Gäbler.

Schützenverein Schortau.

Mittwoch, d. 10. d. M.
8 Uhr abends

Monats-Versammlung

Einen jungen

Knecht

von 15—17 Jahren

sucht

H. Zimmermann,
Schortau.

Ihre vollzogene Verlobung geben hierdurch bekannt

Max Teumer,
Friedel Hillner

Leipzig-Gohlis,
Kas. 107.

Bitterfeld,
Neue Strasse 35.

Druck und Verlag von Otto Neumann, Neudamm.

Schriftleitung: Rudolf Neumann, Neudamm.

Wöchentliches Anzeiger

für Leuchern u. Umgegend. Amtliches Organ des Amtsgerichts, Magistrats u. der Polizeiverwaltung zu Leuchern.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kopfszelle 5 Pfg., im amtlichen Teil 15 Pfg., Restzeile 10 Pfg. — Vorstehende Friedenspreise werden multipliziert mit der jeweiligen Buchhändler-Schlüsselzahl erhoben. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeigerstraße 10, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Erscheint wöchentlich dreimal, und zwar Montag, Mittwoch u. Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag. Höhere Gewalt entbindet von Lieferung, Nachlieferung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Verbreitungsbezirk: Leuchern, Gröben, Runtthal, Ruhnorf, Ober- u. Unterwerschen, Trebnitz, Deuben, Wilbichütz, Ludenau, Schortau, Ragwitz, Bonau, Ober-

Montag, den 8. Oktober 1923



Bezugspreis bis 15. Okt.: durch unsere Geschäftsstelle Mk. 14 800 000, von unseren Boten ins Haus gebracht Mk. 15 000 000, bei den Postanstalten Mk. 15 000 000 ohne Zustellung, Einzel-Nummer Mk. 3000 000. Zeitungsbestellungen werden außer in der Geschäftsstelle, Zeigerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen. Fernsprecher Nr. 389. — Postcheckkonto Leipzig Nr. 34 018. — Bankkonto: Gewerbank Leuchern und Stadt-Circlasse Leuchern.

und Unterlaka, Kößlitz, Neusen, Zschendorf, Krauschütz, Rositz, Altritz, Ober- und Unteressa, Kößlitz, Bernsdorf, Dippelsdorf, Zembfchen und Wittitz.

Nr. 118

62. Jahrgang

Das Wichtigste.

Reichstanzler Dr. Stresemann hat dem Reichstag vorgeschlagen und gleichzeitig die entsprechende Regierungserklärung abgegeben.

Der Notennuldenlauf der Reichsbank hat sich in den letzten Wochen um 5444 Billionen auf 8027,7 Billionen vermehrt.

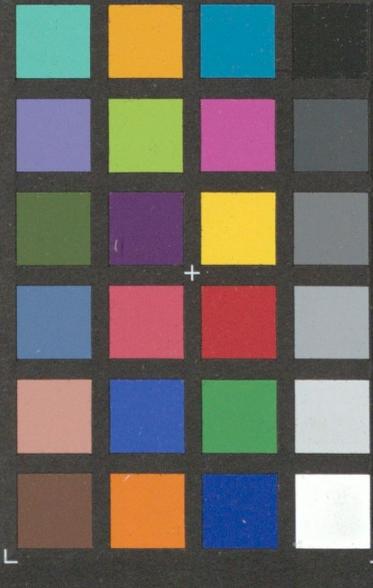
Bei der Reichspost und bei der Reichsbahn finden am 10. Oktober erhebliche Tarifierhöhungen statt.

Das neue Kabinett gebildet.

Dr. Luther Finanzminister.

Nachdem noch der ganze Freitag und die Nacht zum Samstag mit der Suche nach der Kompromißformel verstrichen war, ist es Dr. Stresemann gelungen, eine Kabinettliste zu bilden.

x-rite colorchecker CLASSIC



tag als Normalarbeitstag nicht zu umgehen sein. Dabei ist die Möglichkeit der tariflichen und gesetzlichen Ueberschreitungen der jetzigen Arbeitszeit im

Interesse der Volkswirtschaft zur Steigerung und Verbilligung der Produktion zugestehen. Für die öffentliche Verwaltung finden ähnliche Grundsätze Anwendung.

Die Sozialdemokratie stimmte in einer Fraktionsabstimmung am Sonnabend selbst dieser Formel mit ungefährer Zweidrittelmehrheit gegen 40 Stimmen zu, die sich vor allem aus den Mitgliedern der alten Unabhängigen Partei zusammensetzten. Die Demokraten stimmten gleichfalls für dieses Kompromiß, auch das Zentrum sprach sich dafür aus, jedoch mit dem Wunsch, daß auch die Frage der Erwerbslosen in diesem Zusammenhange geregelt wird.

Stresemann vor dem Reichstag.

Auf der Rheinlands — Billige Abkehr von der bisherigen Stokerspolitik — Toldebe Kommissarklärung am Schluß der Rede.

Nachdem die Verhandlungen um das Kabinett abgeschlossen waren, begab sich Dr. Stresemann sofort in den Reichstag, um dort die erwartete Regierungserklärung abzugeben. Er wird von den Kommunisten mit Lärm und Buufen empfangen, die rufen: „Der Vertreter der Stinnes! Die Kulisse für Stinnes!“

Reichstanzler Dr. Stresemann.

erklärt: Ich kann die Herren Zwischenrufer verstehen, daß Herr Stinnes mit dieser Neubildung nichts zu tun hat. Der Vergleich mit der Kulisse ist daher sehr wenig angebracht. Den Herren, die aus der Wirtschaft heraus die Kritik übten, daß unter dem parlamentarischen System die Zustände sich so verwickeln haben, muß ich sagen, daß die Wirtschaft sich nicht dem Staate zur Verfügung gestellt hat. Sie haben sich weder dem Kabinett Cuno zur Verfügung gestellt, noch dem früheren Kabinett Fehrenbach.

Zur Krise erklärt der Kanzler weiter, er habe im Ermächtigungsgesetz keine Blankovollmacht gewollt, sondern bei der Bedeutung der Frage mußte eine Aussprache über die Richtlinien der Ermächtigung stattfinden. Der Kanzler geht dann zu den Ausführungen über den

passiven Widerstand

über. Der Gegner sollte durch den passiven Widerstand gezwungen werden, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen. Die Grundlage für unsere Politik war: freies Rheinland, Wiederverfügung über das Ruhrgebiet. Auch Reichstanzler Dr. Cuno hat nichts anderes erreichen wollen. Glauben denn die Herren von der Rechten, daß die größte Militärmacht der Welt sich ohne weiteres zurückziehen würde, wenn man erklärt, daß man nur dann verhandelt, wenn die größte Militärmacht ihre Truppen zurückgezogen haben wird? Die Zeiten führten dazu, daß die Wirkung der Waffe des passiven Widerstandes sich abzuwägen. Aber wehe dem, der der Bevölkerung daraus einen Vorwurf machen wollte! So war die Situation, als mein Kabinett die Regierung übernahm: ein nicht mehr auf der Höhe stehender moralischer Widerstand. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer mußte es sein, auf diplomatischem Wege etwas herauszuholen.

Aus den besetzten Gebieten wurden immer mehr Wünsche laut, den passiven Widerstand abzubrechen. Heute kann ich mitteilen, daß zwei Tage nach meinem Amtsantritt mir von Vertretern des besetzten Gebietes die Frage vorgelegt wurde, wie lange wir noch den Widerstand fortzusetzen gedenken. Wir haben den Widerstand über den Termin hinaus fortgesetzt, der uns gegenüber als der äußerste Termin bedeutete wurde.

In der gegenwärtigen Situation ist die einzige Möglichkeit die Lösung der Reparationen durch beiderseitige Vereinbarung herbeizuführen. (Zuruf: Du könnt Ihr lange warten!) Es ist wahr, wir haben keinen außenpolitischen Erfolg mit der Aufgabe des passiven Widerstandes erreicht. Wir wissen, was wir dem eigenen Volke zugemutet haben mit der Aufgabe des passiven Widerstandes; wir haben aufgeben müssen, weil wir sonst sehenden Auges in einen Abgrund gegangen wären.

Der Kanzler geht dann weiter darauf ein, daß der Widerstand nicht Voltaire zuliebe, sondern dem deutschen Volke zuliebe aufgegeben worden sei, weil die finanziellen Mittel fehlten, und daß er gerecht sei, sich jedem Staatsgerichtshof besorgen zur Verfügung zu stellen. Er übernehme gern die Verantwortung dafür, denn bisher habe es in Deutschland an dem Mut zur Verantwortung gefehlt. Nachdem der Kanzler der Rhein- und Ruhrbevölkerung seinen heißen Dank erstattet hat für das treue Ausharren im Kampfe, fährt er fort:

Wir haben auch keine Antwort erhalten auf das deutsche Memorandum, auch nicht von England. Die schimpfliche Behandlung, die Deutschland erfahren hat, dauert fort. Unsere Angebote sind so weitgehend, wie sie niemals von einem Volke angeboten worden sind. Sie gehen weit hinaus über die Bindungen des Versailles Vertrages. Wir haben den ganz großen Gedanken ausgegriffen, selbst das private Vermögen in Deutschland mobil zu machen, um aus der Armut herauszukommen. Es gibt keine traurigere Erinnerung als die Angebote der deutschen Reichsregierung!

Wir haben aber nicht aufgegeben die Forderung der Wiederverfügung über das Ruhrgebiet; wir werden niemals aufgeben den Kampf um die Menschenrechte der Bevölkerung. (Lebhafte Beifall.) Der passive Widerstand war eine innerdeutsche Angelegenheit. Wenn es sich um die Entscheidung handelt, dann mögen Sie (nach rechts) sehen, ob wir dann hier etwas aufgeben werden. Denn eins wollen wir betonen, gleichgültig, ob wir jetzt in der Lage sind, denen zu helfen, die bis in die letzten Tage hinein weiter unter Bedrückung und Ausweissungen zu leiden hatten: